



NATO in Gefahr!

Europäische Staaten suchen Ausflüchte von ihren Zusagen

Dr. Klaus Olshausen

März 2017

Zusammenfassung

Seit dem US Wahlkampf schien es „conventional wisdom“, dass Trump und seine politischen Aussagen die NATO in ihren Grundfesten gefährdet. Denn jede ausgesprochene oder denkbare Einschränkung der Verpflichtung nach Artikel 5 des Vertrags untergrabe das Fundament dieses Bündnisses.

Nun haben VP Pence und Sec Def Mattis in München und Brüssel die Zustimmung ihres Präsidenten zur Allianz bestätigt. Aber sie haben zugleich die Forderung nach mehr europäischen Leistungen bekräftigt – und zwar unter Verweis auf die Zusagen, die alle 27 gemacht haben.

Aus einigen Reaktionen wird nun deutlich, dass man eigene Zusagen nicht ernst nimmt oder anders verstanden haben will. Dass solche Aussagen auch vom deutschen Außenminister und Vizekanzler vorgetragen werden, erscheint besonders kritisch. Der Zusammenhang von Artikel 3 und Artikel 5 des Vertrags von Washington wird nicht erkannt und als wichtig bewertet.

Wer zu den Forderungen nach (endlich) fairer Lastenteilung solch einschränkende, ja ablehnende Aussagen macht und wer damit den festgestellten Mangel an vielen Fähigkeiten nicht überwinden will, der gefährdet eine erfolgreiche Verteidigung nach Artikel 5 des NATO-Vertrags. Denn er mag, wenn es „zum Schwur käme“, vielleicht den Willen zu kollektiver Verteidigung haben, aber nicht die Mittel.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Seit den Wahlkampfzeiten im Jahr 2016 in den USA mit den Aussagen von Kandidat Trump und später seinen Antworten in Interviews bis in die Tage vor der Amtseinführung im Januar 2017 (die NATO ist obsolet, leistet zu wenig im Kampf gegen ISIS) schien es "conventional wisdom", dass es Trump ist, der die Nordatlantische Allianz in ihren Grundfesten gefährdet.

Das Argument war, dass der Beistand für jedes Mitglied der Allianz im Falle eines Angriffs ohne Vorbedingung eine Verpflichtung aller sei – natürlich einschließlich der USA. Und jede ausgesprochene oder denkbare Einschränkung dieser Verpflichtung untergrabe das Fundament dieses Bündnisses.

Die Aussagen von Vizepräsident Mike Pence und Verteidigungsminister James Mattis bei der Münchner Sicherheitskonferenz unterstrichen und bestätigten die unverbrüchliche Zustimmung auch von Präsident Trump und seiner Administration zur NATO als dem wichtigsten Bündnis für die USA und in der Welt.

Allerdings erinnerten beide, Pence und Mattis, die europäischen Verbündeten nachdrücklich an ihre Seite der Verpflichtung, nämlich die wiederholt – nicht erst seit September 2014 – gemachten Zusagen, ihre Ressourcen für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik drastisch zu erhöhen. Erst vor acht Monaten in Warschau bestätigten sie die "NATO guideline to spend a minimum of 2 % of their Gross Domestic Product on defence". Dies bedeutet, dass große, wirtschaftlich starke Bündnispartner mehr beitragen als wirtschaftlich schwächere. Darin liegt der Hauptgrund für **diese** Richtlinie und diese schließt viel mehr ein als die ständig als Ablehnungsgrund in den Vordergrund gerückte Rüstung.

Deutsche Reaktionen

Wenn man die Reaktionen einiger, gerade auch deutscher Politiker – auch Mitglieder der Regierung – und Kommentatoren liest, reibt man sich die Augen. Der neue deutsche Außenminister ist sich offensichtlich der Bedeutung des Artikels 3 des Washingtoner Vertrags von 1949 nicht bewusst. Er weiß nicht, oder will nicht zugestehen, dass die wichtigen Punkte des Warschauer Gipfels zur künftigen Ausgestaltung der Sicherheit und Verteidigung der NATO-Staaten zur Prävention und Abwehr von bewaffneten Angriffen, einschließlich vieler hybrider Gefahren und Cyberangriffe, von der deutschen Bundesregierung gebilligt worden sind – ohne Kautelen oder dem in einigen Regionen sprichwörtlichen "Abschwören".

Seine ersten Reaktionen auf die Hinweise und das Drängen der neuen US Administration (wie schon vieler vor ihr), nun endlich die faire Lastenteilung Wirklichkeit werden zu lassen, konkretisieren nicht etwa, was für die Gesamtstreitkräfte und die Resilienz des Landes jetzt zügig auch von Deutschland getan werden muss, sondern heben hervor, dass Diplomatie und Entwicklungshilfe für die Sicherheit Deutschlands bedeutender seien als die Vorbereitung der Gefahrenabwehr durch Streitkräfte aller Allianzmitglieder.

Dieses mit dem höheren moralischen Anspruch des Nicht-militärischen verknüpft mit kaum verbrämtem Wegducken von den selbst zugesagten Verpflichtungen vorgetragene Bekenntnis, das er zuletzt beim Besuch des niederländischen Außenministers noch zugespitzt hat, gefährdet das Vertrauen in die Verlässlichkeit deutscher Zusagen. Bei dieser Gelegenheit hat Minister Gabriel sich nicht versagt hinzuzufügen, dass (wohl gerade aufgrund der deutschen Geschichte) unsere niederländischen Nachbarn „eher beunruhigt“ wären, wenn Deutschland eine ("zu starke") gut ausgebildete, nach NATO Erfordernissen ausgerüstete und personell hoch qualifizierte Bundeswehr für die Aufgaben im Bündnis und der Europäischen Union zur Verfügung stellt. Ja, geht's noch?



Das Totschlag-Argument von "65 Milliarden Euro für Rüstung" (purer Populismus übrigens mal von anderer Seite) und die Hinweise auf Diplomatie, Entwicklungshilfe, zivile Missionen für die Sicherheit, lösen keine der umfassenden Aufgaben, die sich seit Jahren für alle europäischen NATO- und EU-Nationen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik stellen und weiter der Erfüllung harren.

Wer die Verlässlichkeit der US Administration in Sachen Bündnis in Zweifel zieht, wer zugleich zu den Forderungen nach (endlich) fairer Lastenteilung solche Aussagen macht und wer damit den festgestellten Mangel an Fähigkeiten nicht überwinden will, der gefährdet eine erfolgreiche Verteidigung nach Artikel 5 des NATO-Vertrags. Denn er mag, wenn es „zum Schwur käme“, vielleicht den Willen zu kollektiver Verteidigung haben, aber nicht die Mittel.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und wird im Behördenspiegel, März 2017 erscheinen.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen